

| | |
|---------------------|---|
| Zeitschrift: | Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik |
| Herausgeber: | Widerspruch |
| Band: | 29 (2009) |
| Heft: | 56 |
| Artikel: | Vollbeschäftigungskapitalismus : Pläoyer für einen Systemwechsel |
| Autor: | Massarrat, Mohssen |
| DOI: | https://doi.org/10.5169/seals-651896 |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mohssen Massarrat

Vollbeschäftigungskapitalismus

Plädyer für einen Systemwechsel

Die in Deutschland, Europa und den USA beschlossenen „Rettungspakete“ für Banken und Großkonzerne sowie Einzelmaßnahmen, wie Abwrackprämien für Altautos oder auch Kurzarbeit, sind offensichtlich lediglich darauf angelegt, die Wucht der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Finanzkrise zu bremsen und deren Lasten durch mehrere Tausende Milliarden Euro Staatsverschuldung den künftigen Generationen aufzubürden. Wenn es zwischen den beiden Krisen von 1929 und 2009 einen gravierenden Unterschied gibt, dann in der Art und Weise des Umgangs der Regierungen kapitalistischer Staaten mit den Krisenfolgen. Statt wie in den 1930er Jahren sich durch Nationalismus und Protektionismus gegeneinander abzuschotten – eine Reaktion, die den Boden für den deutschen Faschismus und den zweiten Weltkrieg entscheidend vorbereitete –, ist es den Regierungen der G8- und G20-Staaten gelungen, den Protektionismus erfolgreich abzuwehren, was grundsätzlich auch aus einer linken Perspektive als positiv zu bewerten ist. Das ist allerdings auch alles, wozu die Regierungen willens und fähig waren. Man kann sich auch des Eindrucks nicht erwehren, dass die wirklichen Ursachen der Krise noch nicht einmal erkannt worden sind. Dabei sind sie mit den Ursachen der ersten Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren verwandt, wie auch der Neoliberalismus dem klassischen Laissez-faire-Liberalismus zum Verwechseln ähnlich ist.

Vom Laissez-faire-Kapitalismus zum Neoliberalen Kapitalismus

Der Laissez-faire-Kapitalismus, die erste Variante¹ des Kapitalismus, führte deshalb in die erste Weltwirtschaftskrise, da dort die anarchische Logik der Einzelkapitalisten („Nach mir die Sintflut“) das ökonomische Geschehen bestimmte. In dieser Ära widersetzten sich Kapitalisten – die eiserne Hand des absolutistischen Staates im Rücken – vehement und erfolgreich dem Vorhaben der Arbeiterbewegung, für die Erlangung des vollen Wertes ihrer Arbeitskraft zu streiten, und zwangen diese, um der kurzfristigen Profitmaximierung willen, zu Hungerlöhnen.

Vierzig Jahre nach der Katastrophe der 1920er und 1930er Jahre wiederholt sich die Tragödie im neuen Gewand des Neoliberalismus, der das Rad der Geschichte in das 19. Jahrhundert zurückdrehen möchte. Das Ergebnis ist bekannt: ca. 9 Millionen Arbeitslose, Niedriglöhner, Leihar-

beiter und Hartz IV-Empfänger allein in Deutschland. Es muss damit gerechnet werden, dass die zweite Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2009 weitere Millionen zu diesem Heer hinzufügt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Kapitalismus in einer keynesianischen Variante auf den Kriegstrümtern und den Erinnerungen an die größte soziale Katastrophe der Menschheitsgeschichte, eben die Massenarbeitslosigkeit und das Elend in der Vorkriegszeit, aufgebaut und zu neuem Leben erweckt.

Ob es gelingen wird, den Neoliberalen Kapitalismus durch eine neue Kapitalismusvariante zu ersetzen, bleibt abzuwarten. Dieser neue Kapitalismus könnte, wie im folgenden dargestellt werden soll, ein *Vollbeschäftigungskapitalismus* sein, der dem herrschenden Neoliberalen Kapitalismus allemal vorzuziehen wäre, der im Unterschied zu diesem und dem Keynesianischen Kapitalismus der Perspektive einer emanzipatorischen Entwicklung und einer kooperativ-solidarischen Ökonomie jenseits des Kapitalismus signifikant bessere Chancen bieten dürfte. Die kosmetischen Maßnahmen, die nahezu alle Regierungen als Krisenbewältigung ausgeben, dienen bestenfalls zur künstlichen Beatmung eines Kapitalismus, der die Reichen in den letzten siebzig Jahren weltweit reicher und die Armen ärmer gemacht und die gesellschaftliche Spaltung im Norden wie im Süden und zwischen diesen vertieft hat. Es kommt aber jetzt darauf an, einen Systemwechsel voranzutreiben, der die Ursachen der gegenwärtigen Krise beseitigt, die darin bestehen, das soziale Fundament der Gesellschaft zu zersetzen und die Kampfkraft der Gewerkschaften auszuhebeln.

Entgegen allen neoliberalen Verheißen, durch Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und Liberalisierung des Handels sowie Stärkung der Wettbewerbspositionen der Unternehmer neue Arbeitsplätze zu schaffen, wurden steigende Gewinne seit den 1970er Jahren entweder in Rationalisierung bzw. Arbeitsplatzvernichtung und vor allen Dingen auf den international deregulierten Finanzmärkten investiert. Während die Massenarbeitslosigkeit zu-, die Lohnquote und Binnenkaufkraft von Millionen Menschen abnahmen und während die Regierungen, dem Credo der neoliberalen Ideologen folgend, den Großkonzernen Steuergeschenke in Milliardenhöhe machten, stiegen kontinuierlich die überschüssigen Kapitalmassen, die – einst der Wertschöpfung in der Realwirtschaft entzogen – nunmehr in den Händen der großen Kapital- und Aktieneigentümer nach Anlagesphären mit höchsten Renditen suchten. Jahr für Jahr haben Unternehmer ihre überschüssigen Gewinne (die Reichen ihr überschüssiges Einkommen) auf den Finanzmärkten angelegt. Allein aus Deutschland flossen im Jahr 2008 – um ein Beispiel zu nennen – 260 Milliarden € an überschüssigen Gewinnen und Einnahmen auf die internationalen Finanzmärkte. Eine Möglichkeit, diese überschüssigen Kapitalmassen gewinnbringend einzusetzen, ist die Privatisierung öffentlicher Güter und die Schaffung neuer Anlagesphären. Auch diese Möglichkeit, die letztlich zulasten der gesamten Gesellschaft abermals zu mehr Gewinnen und zur

Entstehung von noch mehr überschüssigem Kapital führte, stößt wegen der insgesamt geringen Kapazitäten alsbald an ihre Grenzen.

Ganz anders schien es jedoch im expandierenden Finanzsektor zu sein, der – dank Deregulierung und Schaffung einer schier unendlichen Anlagesphäre – einen Boom von nie gekanntem Ausmaß auslöste. Die Stunde eines neuartigen internationalen Finanzsektors jenseits der eigentlichen Funktionen der Belebung und Aufrechterhaltung des internationalen Kredit- und Geldkreislaufs hatte geschlagen. Im Neoliberalen Kapitalismus entstand dadurch auch eine von der Realwirtschaft losgelöste, in der fiktiven Welt von Absurdistan schwebende Sphäre jenseits jedweder Kontrolle der Regierungen und der internationalen Geld- und Finanzinstitutionen – und damit eine buchstäblich von niemandem durchschaubare Spielwiese für neue Akteure, Finanzjongleure und Spekulanten. In dieser virtuellen Welt ohne Regeln, ohne moralische Maßstäbe und Normen tummelten sich Hunderttausende von Finanz- und Börsenmaklern, „Privatiers“ und Hunderte von Banken, die mit den neuen „Finanzprodukten“, wie Hedgefonds, Derivaten, Zertifikaten und dem zigfachen Weiterverkauf von Wertpapieren und Krediten von Millionen ahnungsloser Menschen dafür sorgten, dass nicht nur diese, sondern ganze Staaten zu den Verlierern gemacht wurden. Durch die horrende Rentabilität von 25 Prozent und mehr in dieser virtuellen Welt gerieten Konzernmanager unter Druck, auch die Rendite in der Realwirtschaft entsprechend zu steigern, freilich durch Entlassungen, durch noch niedrigere Löhne und noch zügigeren Abbau der Sozialsysteme zulasten der arbeitenden Menschen.

Die Folgen der Finanzkrise im Neoliberalen Kapitalismus für Menschen und Staaten sind hinlänglich bekannt. Indem aber die politischen Klassen und Parteien, die aus Unwissenheit oder Eigeninteresse alle Deregulierungsmaßnahmen beschlossen und damit selbst die Verantwortung für die Entstehung der virtuellen Finanzwelt tragen, eifrig bemüht sind, die Gründe der Finanzkrise auf die „Gier“ von Bank- und Konzernmanagern zu reduzieren, verhindern sie den Blick auf die tieferen Ursachen der Finanzkrise.² Sie lenken nicht nur von ihrer eigenen politischen Mitverantwortung ab, sondern beschränken sich auch auf aktionistische Maßnahmen wie die Senkung von Managergehältern und –bonitäten sowie neue Regeln zur Kontrolle der Aufsichtsräte. Damit kurieren sie nur an den Symptomen des Systems herum.

Vergleichbares geschieht bei der Zunft der neoliberalen wissenschaftlichen Institute und Ideologieproduzenten, deren zentrale Aufgabe offensichtlich darin besteht, Spuren zu verwischen, um den Fortbestand des Neoliberalen Kapitalismus zu sichern.³ Mit ganz wenigen Ausnahmen⁴ erfährt man weder aus den Reihen linker Ökonomen, Politikerinnen und Politiker in traditionalistisch linken Parteien noch aus den Gewerkschaften klare Analysen der Hauptursache der Finanzkrise, die – darüber hegt der Verfasser nicht den geringsten Zweifel – eben im Fundament des Neolibe-

ralen Kapitalismus angelegt ist: sinkende Lohnquoten durch die Spaltung der Gesellschaft in Beschäftigte, Arbeitslose, Leiharbeiter und Hartz IV-Empfänger und die um sich greifende Angst und Entsolidarisierung.

Das Erfolgsgeheimnis des Neoliberalen Kapitalismus gründet auf der Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Großkonzerne und Reichen und zulasten der arbeitenden Menschen und von Teilen der kapitalistischen Mittelschichten. Mit dieser Machtverschiebung in den kapitalistischen Zentren ging gleichzeitig auch eine Machtverschiebung national und global zu Gunsten der Reichen und zu Lasten der Armen einher. Der Neoliberalismus ist, im Unterschied zum Ordoliberalismus und zur neoklassischen Ökonomie – die jeweils in sich konsistente Theoriegebäude darstellen –, keine ökonomische Theorie, sondern eine machtpolitische Strategie der Reichen, der Weltelite und mächtiger Staaten, die sich selektiv liberaler Prinzipien bedienen.⁵ Neoliberale treten beispielsweise vollmundig für die Liberalisierung der Handelsmärkte der Schwellen- und Entwicklungsländer ein, jedoch nicht für die Liberalisierung der Landwirtschaft der EU und der USA. Sie predigen den Abbau staatlicher Subventionen für Grundnahrungsmittel in armen Entwicklungsländern, aber nicht den Abbau der EU-Agrarsubventionen. Sie verunglimpfen jegliche Gesetze, die den Ausbau von erneuerbaren Energien fördern, als „Ökodiktatur“, sprechen sich jedoch ausdrücklich für den Ausbau der Atomkraftwerke aus und stellen nie die Milliarden-Subventionen für diesen Industriezweig in Frage.

Kurz, der Neoliberalismus ist eine Ideologie der Umverteilung von unten nach oben, die bestehende neoimperialistische Strukturen zu rechtfertigen sucht. Der Neoliberale Kapitalismus entwickelte sich zu einem neoimperialistischen System, das die Globalisierung im Interesse einer globalen Minderheit instrumentalisiert, globale Erwerbslosigkeit verschärft, Kriege produziert, soziale Spaltung innerhalb und zwischen den Gesellschaften verstärkt, Feindbilder und einen Kampf der Kulturen begünstigt. Er stellt das größte Hindernis für die Lösung der globalen Herausforderungen wie jener des Klimawandels dar, er ist nach dem Faschismus die größte Bedrohung für die Zivilisation.

Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung

Auf der Grundlage obiger Analyse muss festgestellt werden: Die Finanzkrise kann nicht durch finanzpolitische Instrumentarien gelöst werden. Alle bisher in den neoliberal kapitalistischen Staaten beschlossenen Maßnahmen – in Obamas USA ebenso wie in Merkels Deutschland, in Sarkozys Frankreich, in Browns England und Berlusconis Italien – sind genau das Gegenteil einer Lösung und zeigen, dass man weit davon entfernt ist, der Finanzkrise auf den Grund zu gehen. *Rettungspakete* für illiquide Banken – die Hauptträger der „überschießenden Kreditgeldschöpfung“ wie es im Fachjargon heißt – oder für Großkonzerne der Automobilindustrie, die ganz

im Sinne neoliberaler Exportexpansion und Standortkonkurrenz für die Schaffung von Überkapazitäten in beträchtlichem Ausmaß verantwortlich sind, machen keinen anderen Sinn, als den Fortbestand des Neoliberalen Kapitalismus zu sichern. Dasselbe gilt auch für die *Abwrackprämien*, für *Konjunkturpakete* und vor allem für die als Wunderinstrument apostrophierte *Kurzarbeit*. Die Kurzarbeiter von heute sind in Wirklichkeit aber die Erwerbslosen von morgen. Durch Kurzarbeit wird, aus wahlpolitischen und anderen taktischen Gründen und mit erheblichen finanziellen Folgen für die Steuerzahler, die neue Welle von Massenentlassungen nur hinausgeschoben. Alle diese Maßnahmen dienen dazu, die Legitimationskrise des Neoliberalen Kapitalismus und der gesamten politischen Klasse, die unablässig jahrelang und dafür mit großem Tamtam den Weg eben für dieses System geebnet hat, zu verschleiern. Neue Massenentlassungen in großem Ausmaß können – dies steht, angesichts einer für 2009 prognostizierten sechsprozentigen BIP-Schrumpfung, so fest wie das Amen in der Kirche – dadurch nicht verhindert werden.

Leider scheinen auch kluge Kritiker des Neoliberalismus aus ihren eigenen Diagnosen noch nicht die Konsequenzen gezogen zu haben, die für die Therapie geboten erscheinen. Joseph Stiglitz warnt zwar scharfsinnig vor Obamas *Ersatzkapitalismus* und legt dar, dass das 500-Milliarden-Rettungspaket der US-Regierung dazu führt, dass „die Banken gewinnen, die Investoren gewinnen – der Steuerzahler aber verliert“ (Stiglitz 2009); er hat sich bisher jedoch darauf beschränkt, lediglich effizientere finanzpolitische Maßnahmen vorzuschlagen. Ähnliches gilt auch für den frisch gekürten Nobelpreisträger Paul Krugman, der sich ganz im Stil des klassischen Keynesianismus für ein umfassendes Konjunkturprogramm ausspricht und davor warnt, Staatsverschuldung zu tabuisieren (Krugman 2009). Grundsätzlich anders argumentiert auch Rudolf Hickel nicht, der zwar ein in sich konsistentes Programm „zur Regulierung des Kapitalismus“ vorschlägt (Hickel 2009), dabei jedoch übersieht, dass seine Finanzregulierungsvorschläge keine angemessene Antwort auf die eigene Ursachenanalyse darstellen.⁶ Insgesamt scheint der gegenwärtig klassische Keynesianismus, der eine Renaissance erfährt,⁷ außerstande zu sein, aus der Krise führen zu können. Angesichts dieser Realität wundert es nicht, dass auch in den Chefetagen der Gewerkschaften eher Ratlosigkeit dominiert. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer z. B. warnt vor sozialen Unruhen, statt für einen Systemwechsel zu mobilisieren. Der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber sieht die Kurzarbeit als „das intelligenteste Instrument“ an, „um in der Krise Beschäftigung zu sichern“ (Krull 2009). Es ist jedoch eine Frage der Zeit, bis aufrechte Linke in den Gewerkschaften, in allen Parteien und in den sozialen Bewegungen die historische Chance für einen Systemwechsel erkennen.⁸

Vielmehr steht jetzt ein Systemwechsel weg vom Neoliberalen Kapitalismus auf der Tagesordnung – genauso wie auch die erste Weltwirtschafts-

krise durch einen Systemwechsel, weg vom Laissez-faire-Kapitalismus und hin zum Keynesianischen Kapitalismus, überwunden werden konnte. Die entscheidende Frage ist jedoch: wohin? Fest steht für den Verfasser auch, dass nicht der Kapitalismus, sondern der Neoliberalen Kapitalismus am Ende ist, übrigens auch hier genau so wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts erst der Laissez-faire-Kapitalismus an sein Ende gelangt war. Jene, die wiederholt das Lied vom „Ende des Kapitalismus“ singen, mögen zur Verbreitung von Illusionen beitragen, zur Aufklärung und Entwicklung von Alternativen zum Kapitalismus tragen sie jedoch kaum bei. Die Alternative zum Kapitalismus fällt übrigens auch nicht plötzlich vom Himmel, sobald der kapitalistische Kreislauf kollabiert und das Modell des Kapitalismus seine Legitimation und Faszination verloren hat. Ohne dass in der heutigen durch den Kapitalismus dominierten Gesellschaft bereits die Keime einer neuen Gesellschaft entstehen und von immer breiteren gesellschaftlichen Schichten in der Praxis wahrgenommen und weiterentwickelt werden, und ohne eine Faszination für Brutstätten einer neuen Gesellschaft ist es wahrscheinlicher, dass ein plötzliches Ende des Kapitalismus in einen neuartigen Faschismus umschlägt. Im übrigen ist es auch angesichts der ungelösten globalen Herausforderungen und der gegenwärtigen Krise kein sonderlich großes Verdienst, permanent „das Ende des Kapitalismus“ heraufzubeschwören, kommt es doch jetzt vielmehr darauf an, das, was historisch möglich und politisch realisierbar ist, nicht zu verschlafen. Die gegenwärtig vielfach zu beobachtende Selbstsuggestion, „der Kapitalismus befindet sich in einer Systemkrise“, könnte sogar dazu führen, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht.

Auf der politischen Tagesordnung steht meines Erachtens ein Systemwechsel zum *Vollbeschäftigungskapitalismus*, der über den Keynesianischen Kapitalismus hinausgeht. Die Schlüssel zu diesem Kapitalismus ist eine Vollbeschäftigung neuen Typs, die – im Unterschied zum Keynesianischen Kapitalismus – nicht durch Wachstum, sondern durch Arbeitszeitverkürzung und faire Teilung des gesamten Arbeitsvolumens entstehen kann. Nur durch eine politische Strategie und gesellschaftliche Allianz für Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise und die drohenden neuen Massenentlassungen können das Fundament des herrschenden Neoliberalen Kapitalismus erschüttert und die verlorenen Machtpositionen der arbeitenden, Werte produzierenden Menschen zurückgewonnen werden. Nur in diesem Prozess können die Verzweiflung, die Resignation und die Angst um die Zukunft überwunden und der neoliberalen Spaltpilz zwischen Noch-Beschäftigten und Arbeitslosen beseitigt werden. Die Vollbeschäftigung neuen Typs stellt schließlich auch die Rahmenbedingungen dafür her, dass die Wertschöpfung dort verbleibt, wo sie erzeugt worden ist, nämlich in der Realwirtschaft, und dass die Lohnquote wieder ansteigt und damit eine nachhaltige finanzielle Basis für öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit und ökologischen Umbau geschaffen

wird. Erst in diesem System ist es auch möglich, eine funktional rationale Beziehung zwischen Geld- und Kreditkreislauf und Realwirtschaft wieder herzustellen und damit auch der Entstehung von neuen Finanzblasen einen Riegel vorzuschieben. Andernfalls sind weitere Weltwirtschafts- und Finanzkrisen vorprogrammiert.

Der Vollbeschäftigungskapitalismus beruht, wie der Keynesianische, auf Privateigentum, auf Ausbeutung der Erwerbsarbeit und auf Entfremdung. In beiden Systemen gehört die staatliche Regulierung dazu, nur dadurch kann das Ziel Vollbeschäftigung durchgesetzt werden. Der entscheidende Unterschied dieser Kapitalismusvarianten besteht darin, dass der Keynesianische Kapitalismus, so wie wir ihn kennen, die Vollbeschäftigung durch Wachstum erreichen will, ohne Arbeitszeitverkürzung auszuschließen, während im Vollbeschäftigungskapitalismus zur Erreichung der Vollbeschäftigung eine an die Produktivität gekoppelte sukzessive Arbeitszeitverkürzung im Vordergrund steht, bei gleichzeitigem qualitativen Wachstum in den Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Umweltschutz.

Vollbeschäftigung ist möglich und auch finanziert

In Europas kapitalistischen Staaten ist Vollbeschäftigung möglich, allerdings hauptsächlich durch Arbeitszeitverkürzung. Denn für eine Vollbeschäftigung durch Wachstum müssten über einen längeren Zeitraum Wachstumsraten von 3 Prozent und mehr erzielt werden, die deutlich höher sind als die Raten der derzeitigen Produktivitätssteigerung, die 2 - 3 Prozent betragen. Doch ist die Wirtschaft in den meisten EU-Staaten bereits an ihre Wachstumsgrenzen gestoßen, hohe Wachstumsraten sind im übrigen aus ökologischen Gründen auch nicht mehr erwünscht.

„Die tatsächliche Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten liegt in der EU 14 zwischen 37.7 (Frankreich) und 43.3 Stunden (Großbritannien); Deutschland befindet sich mit 39.9 Stunden im Mittelfeld.“ Damit Vollbeschäftigung durch Umverteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens erreicht werden kann, müsste die durchschnittliche Vollarbeitszeit gesenkt werden, und zwar auf die Bandbreite von 26.4 Stunden pro Woche in Belgien, bis zu 34.4 Stunden in Österreich. Der EU-Durchschnitt läge dann bei 31 Stunden.“ (Bontrup/Niggemeyer/Melz, 2007, 58 f.). Für Deutschland müsste das vorhandene Arbeitsvolumen von 56 Milliarden Stunden auf 44 Millionen Erwerbspersonen umverteilt werden. Bei 45 Arbeitswochen kann Vollbeschäftigung durch die Senkung auf 28 Stunden pro Woche erreicht werden (Memorandum 2008).

Tatsächlich kann die hier statistisch ermittelte Arbeitszeitverkürzung individuell in vielfältigen Formen und mit einer Flexibilität erfolgen, die sowohl den Interessen der Beschäftigten wie den Erfordernissen, die sich aus dem Betriebsablauf ergeben, gerecht werden. Zu diesen Formen gehören: Teilzeitbeschäftigung, kürzere Wochen-, Monats- oder Jahresarbeits-

zeit, Sabbatical-Jahr oder aber auch kürzere Lebensarbeitszeit. Denkbar wäre auch eine freiwillige Kombination von kurzen Arbeitszyklen (z. B. 3-Tagewoche, 10 Monate Arbeit/Jahr oder ein freies Jahr nach jeweils 5 Jahren Arbeit) und längere Lebensarbeitszeit. Massenarbeitslosigkeit bedeutet die Vernichtung von Arbeitsqualifikationen. Durch Vollbeschäftigung finden dagegen sämtliche Qualifikationspotentiale durch flexible Regelungen, gesamtgesellschaftlich gesehen, optimalen Einsatz.⁹

Die Arbeitszeitverkürzung ist auch finanziertbar. Grundsätzlich sind große Konzerne ökonomisch in der Lage, den vollen Lohnausgleich zu zahlen. Sie haben jedoch kein Interesse am Projekt Arbeitszeitverkürzung und werden sich mit allen Mitteln die Waffe Massenarbeitslosigkeit als Instrument der Lohnsenkung und der Dominanz bei Tarifkonflikten nicht nehmen lassen. Des Weiteren dürfte naheliegen, dass Großkonzerne sich um einen Schulterschluss mit dem deutlich finanzschwächeren Mittelstand, der in der Regel nicht in der Lage ist, den vollen Lohnausgleich zu bezahlen, für eine Allianz gegen das Projekt bemühen werden. Ungeachtet der taktischen Frage der politischen Durchsetzbarkeit ist die Arbeitszeitverkürzung gesamtgesellschaftlich finanziertbar. Beispielsweise könnten beträchtliche Kosten der Arbeitslosigkeit als steuerliche Entlastung an untere und mittlere Einkommensgruppen weitergegeben werden. Es ist auch volkswirtschaftlich sinnvoller, die für die Kurzarbeit bereitgestellten Mittel in den Konjunkturprogrammen, die obendrein zur Beibehaltung von Überkapazitäten und Entstehung entsprechender Kosten führen, zum Lohnausgleich zu verwenden.

Vollbeschäftigung durch kürzere Arbeitszeiten rechnet sich volkswirtschaftlich auch deshalb, weil die ehemals Arbeitslosen durch ihre Sozialversicherungsbeiträge die Sozialkassen entlasten und Transfers aus Steuereinnahmen in die Sozialkassen überflüssig machen. Insofern spricht die gesamtwirtschaftliche Vernunft in jeder Hinsicht dafür, nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Verkürzung der Arbeitszeit zu finanzieren.

Wie aber Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung politisch durchsetzen?

Der Neoliberalen Kapitalismus befindet sich in einer historischen Legitimationskrise. Dennoch deutet politisch nichts darauf hin, dass ein Systemwechsel bevorsteht. Neoliberaler Protagonisten sind mit aller Macht dabei, ihr System zu retten. Ihnen würde dies sogar auch gelingen, wenn die Opfer des Neoliberalen Kapitalismus ihre Chance, die die zweite große Weltwirtschaftskrise zu einem Systemwechsel bietet, nicht nutzten.

Die Vollbeschäftigung durch faire Umverteilung der Arbeit ist der Schlüssel zum Systemwechsel, sie geht allerdings weit über eine rein tarifpolitische Angelegenheit hinaus. Der Fehler der Kämpfe für die 35-Stundenwoche in den 1980er Jahren, ein gesellschaftspolitisches Projekt mit

vielen Facetten auf die Tarifpolitik zu reduzieren, müsste allerdings vermieden werden. Vollbeschäftigung ist eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen, ähnlich wie es der Aufbau des Keynesianischen Kapitalismus in Europa nach der ersten Weltwirtschaftskrise war. Vonnöten ist eine breite politische Allianz, die von den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Sozialverbänden bis zu mittelständischen Kapitalgruppen, die der neoliberalen Kapitalismus an den Rand des Ruins und der Selbstaufgabe geführt hat, getragen wird. Erforderlich ist auch ein Konzept für umfassende kulturelle und weiterbildungspolitische Programme, für Freizeitbeschäftigung und Förderung der ehrenamtlichen Arbeit für alle – als gesellschaftspolitisches Pendant der Arbeitszeitverkürzung. Der Gewerkschaftsführung in Deutschland fiele dabei eine wichtige Rolle zu. Sie könnte auch die Führung übernehmen, wie Guy Rider, der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, auf dem Kapitalismuskongress des DGB Mitte Mai in Berlin gefordert hat. Doch müsste die Gewerkschaftsspitze dazu das politische Ziel der Vollbeschäftigung und des Systemwechsels, weg vom Neoliberalen Kapitalismus, auf ihre politische Agenda setzen.

Gewiss ist eine Allianz unter dem weiterhin dominierenden Geist des Neoliberalismus zu bilden eine höchst komplizierte Aufgabe. Die Entpolitisierung in den letzten Jahrzehnten, die allgemein anzutreffende naive Haltung, der Kelch würde vorübergehen, und der geschickte Schachzug der Regierungen, die drastischen Auswirkungen der aktuellen Krise mit Neuverschuldungen gigantischen Ausmaßes zu Lasten künftiger Generationen in die Zukunft zu verlagern, alle diese und weitere Faktoren erschweren sicherlich die Entstehung einer mächtigen Gegenbewegung, die politisch in der Lage wäre, dem Neoliberalen Kapitalismus den sozialen Boden zu entziehen. Diese Herausforderung zu bewältigen ist jedoch nicht unmöglich. Die Vernetzung der aktiven Akteure in den Gewerkschaften, Kirchen, sozialen Bewegungen und Parteien ist der erste Schritt in diese Richtung. Sie hätten mit der Forderung nach *Arbeitszeitverkürzung statt Kurzarbeit* eine politische Zielmarke, um sich jetzt bei den betroffenen Belegschaften zahlreicher Betriebe, wie Opel, Mercedes, Schefflergruppe, Stahlkonzerne und bei Hunderttausenden von Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen, die überall als erste in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden, Gehör zu verschaffen und die gesellschaftspolitische Stimmung, gerade in Deutschland angesichts des Superwahljahres, zu kippen.

Dabei dürfte das strategische Ziel der Vollbeschäftigung durch kürzere Arbeitszeit, deren gesamtgesellschaftlichen Vorteile für die überwältigende Mehrheit der Menschen unstrittig sind, nicht den kurzfristigen Sonderinteressen geopfert werden. Die Forderung nach vollem Einkommensausgleich für alle könnte beispielsweise eine Allianz, die auch relevante mittelständische Kapitalgruppen einschließt, unmöglich machen. Tatsächlich müssen gutverdienende Fachkräfte, leitende Angestellte, Beamte wie Richter und Universitätsprofessoren im Austausch mit mehr Freizeit auch

nicht unbedingt durch einen Einkommensausgleich bedacht werden. Dieser Preis kann und muss auch bezahlt werden, sollte es dadurch gelingen, den Widerstand gegen Arbeitszeitverkürzung auf ein Minimum zu reduzieren.

Perspektiven für die globale Welt

Der Vollbeschäftigungskapitalismus ist nicht nur eine Strategie zur Bewältigung der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch die historische Alternative zu dem von der keynesianischen Fachwelt favorisierten keynesianisch regulierten Kapitalismus. Im Vollbeschäftigungskapitalismus steht die Neugestaltung des sozialen Fundaments der Gesellschaft im Vordergrund. Erst auf der Grundlage dieses neuen Fundaments, nämlich Vollbeschäftigung und Überwindung der Folgen sozialer Spaltung, können die Regulierung der Finanzströme und die Bewältigung anderer globaler Herausforderungen, wie die Armutsbekämpfung und der Klimawandel, effizient in Angriff genommen werden. Erst dadurch verschieben sich auch die Machtverhältnisse zugunsten der Gewerkschaften und können diese aus der Abwärtsspirale der permanenten Zugeständnisse herauskommen und stattdessen wieder aktiv und wirkungsvoll an der Gestaltung der Politik in Deutschland und in der EU sowie an der Gestaltung der Globalisierung teilnehmen. Nur auf dieser Grundlage können auch die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Demokratisierung verbessert und Fehlentwicklungen, die an demokratischen Institutionen vorbei zur gegenwärtigen Finanzkrise geführt haben, verhindert werden.

Durch eine dauerhafte Koppelung der Arbeitszeitverkürzung mit steigender Produktivität würde der Vollbeschäftigungskapitalismus dahin tendieren, sich selbst dialektisch aufzuheben. Denn in dem Maße, wie die individuelle Arbeitszeit analog zur Produktivitätssteigerung verkürzt wird, wird auch die Mehrwert produzierende Erwerbsarbeit freigesetzt. Insofern wird diese neue Form von Kapitalismus zur Voraussetzung von Entstehung neuer Tätigkeitsformen jenseits kapitalistischer Produktionsweise und Erwerbsarbeit sowie zur Entwicklung neuartigen gesellschaftlichen Zusammenlebens in einem historisch schrumpfenden und absterbenden alten System, eben dem bisherigen Kapitalismus. Dazu würde ergänzend auch ein Rechtsanspruch auf Grundeinkommen beitragen, das für selbstgewählte Tätigkeiten in allen gesellschaftlich anerkannten ökonomischen, politischen und sozialen Einrichtungen gewährt werden müsste. Hierdurch würde im Kapitalismus ein wichtiges Fenster geöffnet, das sowohl der Idee der Selbstverwirklichung, wie aber auch dem Aufbau alternativer Strukturen (Genossenschaftswesen bzw. solidarische Ökonomie) diente. Diese müssten sich in produktiver Konkurrenz zu bestehenden kapitalistischen Betrieben mit Privateigentum und Erwerbsarbeit erst bewähren, um sich auf demokratischem Wege auch durchsetzen zu können.

Der Vollbeschäftigungskapitalismus in der EU, Japan und Nordamerika würde nicht nur hier eine Perspektive über den Kapitalismus hinaus eröffnen, sondern auch die Perspektive für eine andere globale Welt. Soziale Träger der Vollbeschäftigung im Norden, die Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Teile der Parteien würden soziale Bewegungen und Reformkräfte im Süden stärken, in den jeweiligen Ländern wie in internationalen UN-Institutionen, wie Weltbank, IWF, WTO, UNCTAD und anderen Unter- und Nebenorganisationen, um soziale und ökologische Standards durchzusetzen und die gegenwärtig asymmetrischen Süd-Nord-Verteilungsstrukturen zu Gunsten des fairen Handels, der Kooperation und zum gegenseitigen Nutzen der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu überwinden.¹⁰

Koexistenz von Vollbeschäftigungskapitalismus und Keynesianischem Kapitalismus im globalen System

Auch diese andere Welt bliebe weiterhin kapitalistisch: Im globalen Norden würde der Vollbeschäftigungskapitalismus durch Arbeitszeitverkürzung mit sukzessive sinkendem Anteil an Erwerbsarbeit dominieren. Und im globalen Süden würde sich auf Grund von noch vorhandenen Wachstumsreserven erst einmal der Keynesianische Kapitalismus etablieren, der zur beträchtlichen Erweiterung des Beschäftigungspotentials beitragen kann. Die Koexistenz dieser Varianten des Kapitalismus in der neuen Welt dürfte die Voraussetzungen für ganz neue ökonomische, politische und friedenspolitische Entwicklungen deutlich verbessern. Anstelle von zerstörerischen Dominanz – Unterwerfungsbeziehungen zwischen dem Norden und dem Süden – hätte die *Idee der Kooperation* erstmals die historische Chance, sich zum gegenseitigen Nutzen durchsetzen.

Diese globale Kooperation setzt allerdings voraus, dass der Kapitalismus im Norden gezähmt, das heißtt an einer aggressiv expansiven Standortkonkurrenz strukturell gehindert werden würde. Hierzu dienen zunächst flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne in den einzelnen Staaten. Dadurch wird nämlich einerseits der globalen Abwärtsspirale des Lohnniveaus ein Riegel vorgeschoben, und andererseits werden die Wettbewerbsbedingungen der Schwellen- und Entwicklungsländer deutlich verbessert. Auf beiden Seiten werden anstelle von Machtüberlegenheit natürliche Vorteile bzw. echte Leistungs- und Produktivitätsdifferenzen zum treibenden Hebel internationaler Arbeitsteilung. Des Weiteren bedürften Gesellschaften des Nordens eines armutsfesten Grundeinkommens, das die Vollbeschäftigung und Mindestlöhne für alle Menschen, die nicht beschäftigt werden können, auch sozialpolitisch flankiert.

Die militärische Absicherung von Produktion und Handel bei „strategischen“ Rohstoffen und Energieträgern, die einen wesentlichen Bestandteil im globalen System des Neoliberalen Kapitalismus mit asymmetrischen

Verteilungsstrukturen darstellen, würde so ihre Legitimation endgültig verlieren. Kriege, die unter dem Vorwand der „Versorgungssicherheit des Nordens“, beispielsweise in den letzten zwei Jahrzehnten und mit erheblichen Kosten auf dem Balkan, im Irak, in Afghanistan geführt wurden, wären im global kooperativen Modell fehl am Platz. In der neuen Welt könnte sichergestellt werden, dass Öl, Gas, Gold, Diamanten, Silber und andere knappe Rohstoffe genau so frei gehandelt würden wie Weizen, Autos und IT-Produkte. Womit eine wichtige Grundlage für die Wende zur Kooperation in allen wichtigen Bereichen geschaffen wäre: regionale Kooperations- und Sicherheitsstrukturen in Mittel- und Südamerika, in Süd-, Zentral- und Nordafrika, in Süd- und Zentralasien, im Mittleren und Nahen Osten und nicht zuletzt auf dieser Grundlage die Demokratisierung des UN-Systems; desweiteren die Etablierung von regionalen Zentralbanken und Währungen sowie die Erweiterung der Autonomie von Staaten und sozialen Gruppen im Süden. Und schließlich könnte auch die Entwicklung von Ansätzen im Süden, die die Spielräume für solidarökonomische Produktions- und Lebensweisen erweitern, vorangetrieben werden.

Anmerkungen

- 1 In diesem Beitrag mit verständlicherweise beschränktem Umfang mussten die historischen Kapitalismus-Varianten, die dazu dienen sollten, Lösungsstrategien aus der Krise für die Gegenwart auch historisch zu begründen, herausgenommen werden.
- 2 Franz Müntefering hat, um ein Beispiel zu nennen, in der letzten ARD-Talkshow „Beckmann“ vor Weihnachten 2008 eingestanden, er hätte bis vor drei Jahren nicht gewusst, was Derivate sind. Im guten Glauben, ein bisschen mehr Wettbewerb könne nicht schaden, habe er Deregulierungsbeschlüsse in der Bundesregierung mitgetragen. Tatsächlich war Müntefering nach Schröder in der SPD die aktivste Figur der Agendapolitik. „Ich bin einer von Euch“, so Müntefering bei Betriebsversammlungen „aber ich sage Euch, wir müssen uns ändern, das mit der Arbeiterbewegung geht so nicht mehr weiter“. Zitiert nach Storz 2008.
- 3 Hans-Werner Sinn, Oberneoliberaler und seines Zeichens Chef des ifo-Instituts in Deutschland, „schimpft“ in seinem neuen Buch „Kasinokapitalismus“, „wie ein Altlinker auf die Kasino-Kapitalisten aus der Finanzwirtschaft“, schreibt die TAZ vom 16./17. Mai 2009.
- 4 Rudolf Hickel, führendes Mitglied der Memorandumgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“, macht beispielsweise „die neoliberalen Vorfahrtsregeln für Gewinne“ für die Finanzkrise verantwortlich, die „bei ... Unternehmern und Reichen zu massiven Liquiditätsüberschüssen geführt hat. Diese Überschüsse strömten auf den Finanzmarkt.“ Kapitalsammelstellen wie Investmentfonds und Hedgefonds, so Hickel weiter, „zogen das Geld wie Staubauger an“ (FR vom 24.10.2008). Auch für Jörg Huffschmid, ebenfalls Mitglied der Memorandumgruppe, ist das angehäufte Finanzvermögen die Hauptkrisenursache. Dafür führt er zwei Quellen an: „erstens die seit 30 Jahren anhaltende Umverteilung von Einkommen. Oben kommt immer mehr Geld an, das nicht wieder produktiv reinvestiert wird – weil unten zu wenig Geld bleibt, um zusätzliche Güter und Dienste zu kaufen“. Zweitens führt nach Huffschmidt auch „die zunehmende Privatisierung der Alterssicherung dazu, dass die Versicherungsbeiträge... jetzt für ein paar Jahrzehnte auf den Kapitalmärkten angelegt werden.“ (FR vom 25.02.2009). Huffschmid übersieht aber die unterschiedlichen Funktionen dieser Quellen. Während die erstgenannte die Quelle des überschüssigen Finanzkapitals ist und dadurch den „Sog des Staubaugers“ erzeugt,

gerät die zweite Quelle lediglich in den Strudel des „Staubsaugers“ und kann selbst nicht als Quelle der Krise interpretiert werden.

- 5 Nähert sich die Funktion des Neoliberalismus als Strategie der Umverteilung: Massarrat, 2008.
- 6 S. dazu die Anm. 4.
- 7 So fordern 40 Wissenschaftler aus dem Umkreis der Keynes-Gesellschaft in ihrem Aufruf „Mehr Keynes wagen“ (FR vom 09/10.04.2009).
- 8 Glücklicherweise röhrt sich nicht nur an der Gewerkschaftsbasis etwas, z. B. bei Verdi in Baden-Württemberg und in der IG-Metall in Südhessen, sondern allmählich auch in den Vorstandsetagen der Gewerkschaften. Hans-Jürgen Urban, IG-Metall-Vorstandsmitglied, geht in seinem Beitrag im Mai-Heft der „Blätter“ beispielsweise davon aus, dass „Kurzarbeit und Qualifizierungsmaßnahmen die drohende Entlassungswelle eher aufgehalten als abgewendet haben“, und dass „die Antikrisenstrategien der Gewerkschaften“... „an die systemische Dimension der Krise nicht heranreichen“. „Die Uhr tickt“ und „eigentlich stünde ein sozial-ökologischer Systemwechsel an“, stellt er fest (Urban, 2009, 72). Gleichwohl vermisst Urban aus gewerkschaftlicher Sicht eines agierenden Akteurs eine handlungswillige und -fähige Linke, die in der Lage wäre, „aus der historischen Beschäftigung ihrer Kapitalismuskritik Honig“ zu saugen. Allerdings geht auch die von ihm als „Schlüsselfrage“ einer umfassenden Transformationsstrategie bezeichnete „Demokratisierung politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse“ nicht weit genug, um damit eine sich allgemein verbreitende „Frustration“ für einen Systemwechsel zu bündeln (ebd. S. 76 f.), jedenfalls reicht sie als Ziel kaum aus, um dem Neoliberalen Kapitalismus ein Ende zu setzen.
- 9 Vollbeschäftigung durch kürzere Arbeitszeiten tangiert „das Ganze der Arbeit.“ Es besteht ein Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit, Gesundheit, Familie, Erziehungsarbeit.... Kürzere Erwerbsarbeitszeit bewirkt daher den Abbau von Stress und Vermeidung von Krankheiten. Sie nutzt Partnerschaften mit Kindern, Frauen und Männern; sie fördert Geschlechtergerechtigkeit. Menschen gewinnen Zeit zum Leben, Lieben und Lachen, sie gewinnen Zeit für Beziehungs- und Pflegearbeit, für Engagement in der Gemeinschaft, für sich selbst.“ (attac-AG ArbeitFairTeilen, 2009)
- 10 Dieses Ziel erfordert jedoch globale politische Allianzen, die als soziale Träger, beispielsweise durch Weiterentwicklung der Sozialforen, erst gebildet werden müssten. Näheres dazu siehe Massarrat, 2006, 87 ff.

Literatur

- Bontrup, Heinz-J./ Niggemeyer, Lars/Melz, Jörg, 2007: Arbeitfairteilen, Massenarbeitslosigkeit überwinden. Hamburg
- Altvater, Elmar / Sekler, Nicola (Hg.), 2006: Solidarische Ökonomie. Hamburg
- Giegold, Sven / Embshoff, Dagmar (Hg.), 2008: Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg
- Hickel, Rudolf, 2009: Plädoyer für einen regulierten Kapitalismus. In: AP u. Z. 20, Bonn
- Krugman, Paul, 2009: Das Konjunkturprogramm. In: Frankfurter Rundschau v. 8. April
- Krull, Stephan, 2009: Die Krise schreit nach gesellschaftlicher Planung. In: Sand im Getriebe, Mai, Berlin
- Massarrat, Mohssen, 2006: Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit. Perspektiven revolutionärer Reformen. Hamburg
- Massarrat, Mohssen, 2008: „Reiche aller Länder, bereichert Euch“. In: Freitag v. 31.10.
- Sinn, Hans-Werner, 2009: Der Kasino-Kapitalismus. München
- Stiglitz, Joseph E., 2009: Obamas Ersatzkapitalismus. In: Frankfurter Rundschau v. 8.4.
- Storz, Wolfgang, 2008: Der Habicht auf der Ruine. In: Freitag v. 17. Oktober
- Urban, Hans-Jürgen, 2009: Die Mosaik-Linke vor Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5